

Jetzt scheint nach einer Befragung bei Räten und Verbänden daraus wieder nichts geworden zu sein. So können auch Räte und Verbände sich mancherlei *notwendige Nachdenklichkeit* sparen und sagen dann einfach das, was und wie es politische und sonstwie geistige Verwandte für gewöhnlich auch sagen. Die „Pause der Besinnung“, die Maier im Zusammenhang mit dem Heiligen Jahr anrät, täte also gerade dem ZdK selbst gut. Vielleicht setzte sich dann sehr bald die Überzeugung durch, daß wenn schon nicht

zur Friedensfrage, da dieses Feld bereits dicht besetzt ist, wohl aber beispielsweise zum Thema Arbeit, als der auf absehbare Zeit zentralen sozial- und gesellschaftspolitischen Frage, ein eigenständiger Beitrag vom ZdK zu leisten wäre. Möglich müßte ein solcher Beitrag sein. Personell ist das ZdK für diese Frage nicht einmal so schlecht ausgestattet, und die Bischofskonferenz bliebe dann, was längst notwendig wäre, wenigstens von vorletzten Worten zu vielen gesellschaftlichen Fragen entlastet. D. S.

Begleiterscheinung ehrenamtlicher Arbeit“, ihr Sinn liege aber in der „*qualitativen Verbesserung*“ der sozialen Dienste.

Diese Gewichtung wurde sowohl von den Verbandsvertretern wie von den wissenschaftlichen Experten geteilt. Sie vertraten einhellig die Auffassung, daß Ehrenamtliche nicht als billige Hilfskräfte mißverstanden werden dürfen und daß die Betrachtung freiwilliger Hilfe vornehmlich unter Kostengesichtspunkten von vornherein falsch sei, weil freiwillige und hauptberufliche Hilfe nur sehr beschränkt austauschbar ist.

Obwohl in den zurückliegenden Jahren zweifellos in den meisten sozialen Diensten Professionalisierung nicht nur betrieben, sondern übertrieben wurde und obwohl aus diesen und vielen anderen Gründen die Bereitschaft zu ehrenamtlicher Tätigkeit nachgelassen zu haben scheint, ergab der *deskriptive* Teil der Anhörung ein überraschend positives Bild. Die eindrucksvollen Erfahrungsberichte Ehrenamtlicher für sich allein hätten noch als nicht repräsentativ relativiert werden können, sie wurden aber ergänzt durch generalisierende Überblicke, die bemerkenswerte Fakten lieferten.

Ehrenamtliche Hilfe: Ein Weg zu mehr Menschlichkeit

Seit die – quantitativen und qualitativen – Grenzen des Sozialstaates in aller Munde sind und seit die vielfältigen Selbsthilfe-Aktivitäten alternativer Gruppierungen öffentlich in Erscheinung treten (vgl. HK März 1983, 113 ff.), ist die ehrenamtliche Arbeit überraschend wieder ein beachteter Gegenstand sozialwissenschaftlicher Analysen und gesellschaftspolitischer Diskussionen geworden. Bis vor relativ kurzer Zeit war die Reputation der Ehrenamtlichen einigermaßen begrenzt. Man sah in ihnen vielfach nur liebenswürdige Idealisten, die sich mit großem Einsatz, aber wenig Kompetenz in die Arbeit der Hauptamtlichen einmischen. Neuerdings wird die ehrenamtliche Arbeit als wirksamstes Gegenmittel gegen das einst vom ehemaligen Bundespräsidenten Walter Scheel beschworene „Sinken der seelischen Temperatur in unserem Land“ (vgl. HK, Dezember 1979, 591) und als unverzichtbarer Bestandteil des sozialen Lebens wieder entdeckt.

Eine auffällige Wiederaufwertung

So stieß dann auch eine am 23. April dieses Jahres im baden-württembergischen Landtag durchgeführte öffentliche Anhörung zu diesem Thema auf ein beachtliches Interesse. Die Veranstaltung der CDU-Landtagsfraktion, bei der ehrenamtlich Tätige ebenso zu Wort kamen wie Vertreter aus Wissen-

schaft, Politik und Verbänden, hatte sich zum Ziel gesetzt, erstmals in solcher Breite über die Vielfalt ehrenamtlicher Arbeit zu *informieren* und zugleich *Analysen* und *Perspektiven* für ihre weitere Entfaltung zu entwickeln. Damit sollte nicht nur die öffentliche Resonanz für das Thema zusätzlich erhöht, sondern indirekt auch latent vorhandene Bereitschaft zu ehrenamtlicher Tätigkeit mobilisiert werden. Obwohl man Bereiche mit großem Potential an Ehrenamtlichen wie Parteien, Sport- und Musikvereine etc. ausklammerte und sich ausdrücklich auf die sozialen Dienste beschränkte, zog die Anhörung zur Überraschung auch der Veranstalter über tausend Zuhörer an, was einmal mehr die Aktualität des Themas unterstreicht.

Die naheliegende Vermutung, die Politik habe die Bedeutung ehrenamtlicher Arbeit erst wieder erkannt, als sie durch die Finanzlage des Sozialsystems dazu gezwungen wurde, ist sicher nicht ganz falsch. Daß die knappen Kassen sich gewissermaßen als Denkhilfe ausgewirkt hatten, wurde von den Politikern auch keineswegs bestritten. Deziert stellte der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, *Erwin Teufel*, allerdings bereits in seiner Einführung fest, die Aufwertung ehrenamtlicher Arbeit sei „kein politischer Trick, um die Finanzmisere zu beheben, in die das System der sozialen Sicherheit geraten ist“. Spareffekte seien höchstens „eine erfreuliche

Der Vorteil der persönlichen Nähe

Professor *Gerhard Schmidtchen* (Zürich) wies auf neueste Untersuchungen hin, nach denen 11% der über 16jährigen in der Bundesrepublik in irgendeiner Form ehrenamtliche Tätigkeit im sozialen Bereich ausüben. Weitere 6% wären ansprechbar, 23% würden sich die Sache überlegen. Jüngere Menschen und Personen mit längerem Bildungsweg weisen jeweils überdurchschnittliche Anteile auf. Schmidtchen zog daraus die optimistische – vielleicht etwas zu optimistische – Konsequenz, die Bundesrepublik sei „auf dem Weg zu einer aktiven Gesellschaft“. Er wurde darin vom Präsidenten des Diakonischen Werkes der EKD, Professor *Theodor Schober*, unterstützt, der einer, wie er sagte, „vielfach ungerechtfertigten Kritik an

unserer Gesellschaft“ die vielfältige ehrenamtliche Arbeit entgegenhielt, die bereits jetzt geleistet, aber „nicht an die große Glocke gehängt“ wird: u. a. bei der Betreuung von Kleinkindern, bei Altenbesuchsdiensten, bei der Hausaufgabenbetreuung, in der Gemeindefrankenpflege, in der Jugendhilfe, der Behinderten- und Suchtkrankenhilfe, bei der Hilfe für Umsiedler und ausländische Mitbürger, in Vereinen mit sozialer Zielsetzung, bei Dritte-Welt-Aktionen.

Die *Definition* ehrenamtlicher sozialer Tätigkeit, wie sie Praktiker und Sozialwissenschaftler übereinstimmend gaben, läuft auf etwas ebenso Unpräzises wie Anspruchsvolles hinaus: Hilfsbereitschaft im menschlichen Nahbereich. Die Bundesvorsitzende der Caritas-Konferenzen Deutschlands (ein ehrenamtlicher „Zweig“ der Caritas mit 3140 Gruppen und fast 65000 Mitgliedern), *Maria Schaeffler*, formulierte es so: „Unsere Erfahrung ist, daß es zunehmend an persönlichen Hilfen aus der Nähe und an einer verständnisvollen Umgebung fehlt. Technische Perfektion und Organisation hat nichts an dem Urbedürfnis der Menschen geändert, persönlich geachtet, geliebt, geborgen zu sein. Nötig ist, die Bedeutung der mitmenschlichen Beziehungen neu zu entdecken.“ Der Trierer Ordinarius für Soziologie und Sozialpolitik, *Hans Braun*, faßte die wichtigsten Bedarfsfelder freiwilliger Hilfe zusammen: Ermittlung bestehender Notlagen durch die persönliche Kenntnis der Lebensbedingungen in Nachbarschaft und Gemeinde; Unterstützung von einzelnen und Gruppen, deren Probleme weitgehend im alltäglichen Zusammenleben zu lösen sind; Herstellung von Kontakten

zu Verbänden und Abbau der Schwellenangst bei der Kontaktaufnahme durch die Hilfebedürftigen; Übernahme von Aufgaben in Zusammenarbeit mit den Verbänden, bei denen es vor allem auf den *persönlichen Kontakt zum Hilfeempfänger* ankommt; Vermittlung zwischen dem Hilfebedürftigen und seinen Angehörigen oder den hauptamtlichen Helfern; Unterstützung bei der Ablösung von der durch Verbände und Behörden erbrachten professionellen Hilfe und bei der Wiedererlangung der Selbständigkeit im alltäglichen Leben.

So sehr auf der einen Seite die Tendenz zum Perfektionismus, zur Professionalisierung und Bürokratisierung der sozialen Dienste kritisiert wurde – Theodor Schober sprach vom „Schreckensgemälde“ einer Gesellschaft, die nur aus Fachleuten bestünde, und forderte als Sprecher eines großen Verbandes bemerkenswerterweise den Mut zum Unvollkommenen und die Aufwertung des Laien –, so sehr wurde auf der anderen Seite vor einer Polarisierung oder Vermischung von hauptamtlicher und ehrenamtlicher Hilfe gewarnt. Beide dürften sich weder gegenseitig ignorieren noch als Konkurrenz mißverstehen, sondern müßten sich als komplementäre Formen der Hilfe verstehen und sich als jeweils eigenverantwortlich respektieren.

Der Bedarf ist groß

Wenn der *Bedarf* an ehrenamtlicher Hilfe so groß ist, wie es bei der Anhörung von allen Seiten dargestellt wurde, und wenn die u. a. von Schmidtchen festgestellte *Bereitschaft*

zur Hilfe nicht nur verbal geäußert, sondern praktisch gegeben ist, dann müßte es eine vordringliche Aufgabe der auf allen Ebenen in Staat und Gesellschaft Verantwortlichen sein, den vorhandenen Bedarf an Hilfe und die vorhandene Hilfsbereitschaft so gut als möglich zusammenzubringen. Als notwendige Beiträge dazu wurden genannt: eine öffentliche Bewußtseinsbildung unter dem Vorzeichen ‚Selbstverwirklichung im Dienst am Nächsten‘, eine gesellschaftliche Aufwertung ehrenamtlicher Tätigkeit, eine Änderung von überzogenen Rechtsbestimmungen, die ehrenamtlicher Arbeit im Weg stehen, Korrekturen im Sozialsystem in Richtung von mehr Eigen- und Mitverantwortung, von mehr Dezentralisierung und Flexibilität.

Worum es geht, dürfte letzten Endes nichts anderes sein als eine bessere Realisierung des Subsidiaritätsprinzips in seinem vollen Sinn: daß sich zunächst der einzelne selbst hilft und daß sich Einzelpersonen in ihrem eigenen Lebensumkreis gegenseitig helfen und daß darüber hinaus die jeweils größere Gemeinschaft bzw. gesellschaftliche Organisationsform nur da zuständig ist und dann erst tätig wird, wo die jeweils kleinere überfordert wäre.

Nicht nur Vertreter der katholischen Soziallehre, sondern auch zahlreiche Sozialwissenschaftler und Gesellschaftsanalytiker unterschiedlicher weltanschaulicher Couleur versprechen sich davon sehr viel für ein menschlicheres Zusammenleben in modernen Industriegesellschaften. Für den Weg zu diesem Ziel hat die Stuttgarter Anhörung wichtige Hinweise gegeben. H. G. K.

Dürftige Auskunft über Politik

Die zweite Regierungserklärung der christlich-liberalen Koalition

Die christdemokratisch-liberale Koalition hat im Herbst trotz aufgewühlter politischer Gefühle ziemlich geschäftsmäßig begonnen. Sie hat sich in den folgenden Monaten innen- und außenpolitisch solide etabliert und mit Bravour die Wahlen hinter sich gebracht. In den Wochen nach dem 6. März stockte dann freilich schon man-

ches. Die Koalitionsverhandlungen brachte man trotz gelegentlichem bayerischen Sperrfeuer noch ohne großen, jedenfalls nach außen erkennbaren Streit hinter sich. Aber mancherlei in der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik blieb unklar (z. B. die Rentenfinanzierung) oder wirkte wie aufgeschoben, als ob man es bereits nötig